

Arbeitsmigration in den arabischen Golfstaaten

nach einem Vortrag von Adam Hanieh

Wer die utopisch anmutenden Wolkenkratzer in Dubai oder Abu Dhabi betrachtet, sollte auch einen Blick hinter die Kulissen werfen, auf die Arbeitsmigranten, die diesen Reichtum erschaffen haben, und auf die Bedingungen, unter denen sie hier leben und arbeiten. Mit der Situation der Arbeitsmigranten in den Golfstaaten, genauer gesagt in den sechs Staaten der *Gulf Cooperation*

Saudi Arabien, Bahrain, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Kuwait, hat sich Adam Hanieh in seinem Vortrag am 29. März 2012 an der Universität Salzburg beschäftigt.

Diese Staaten, deren Reichtum nicht auf Produktion, sondern auf dem Export von Erdöl begründet ist, sind nach Europa und Nordamerika die drittgrößte Destination von ArbeitsmigrantInnen. Alle diese Staaten haben eines gemeinsam, nämlich dass die Aufenthaltsberechtigung der MigrantInnen, die in diesen Ländern für einen bestimmten Zeitraum arbeiten – es können Monate oder Jahre sein – ausläuft, sobald der Arbeitsvertrag beendet ist. Diese Arbeiterinnen auf Zeit stellen mehr als die Hälfte der Bevölkerung in diesen Staaten, in einigen sogar an die 80 Prozent. Das bedeutet, dass nur eine Minderheit der BewohnerInnen dieser Länder eine Staatsbürgerschaft und die dazugehörigen Rechte besitzt.

Der Arbeitsmarkt in diesen Staaten ist extrem hierarchisch. Die einheimische Bevölkerung arbeitet vor allem im Staatsdienst und genießt viele Privilegien, während ArbeitsmigrantInnen hauptsächlich im privaten Sektor beschäftigt sind. Für sie ist jegliche Organisierung in Gewerkschaften strengstens verboten. Auf der einen Seite gibt es außerordentlich gut bezahlte Jobs, die vor allem von EuropäerInnen und NordamerikanerInnen ausgeübt werden. Daneben gibt es Arbeiten wie auf den zahlreichen Baustellen, wo Menschen aus armen Ländern für Hungerlöhne unter prekären Bedingungen arbeiten.

Win-Win-Situation oder Ausbeutung?

Üblicherweise wird Migration anhand von Push und Pull-Faktoren erklärt. Die Golfstaaten haben eine niedrige Bevölkerungszahl und eine geringe Ausbildungsrate, während in den Herkunftsländern der Arbeitsmigranten die Arbeitslosigkeit hoch ist und die Löhne niedrig sind.

Die temporär beschäftigten Arbeitsmigranten profitieren, weil sie Löhne erhalten und Geld an die zurückgebliebenen Familien überweisen können. Die Golfstaaten profitieren, weil sie billige Arbeitskräfte bekommen, die sie nach Hause schicken können, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Hanieh bezweifelt jedoch, dass es sich hier um eine Situation handelt, an der alle gewinnen, er sieht darin vielmehr ein System extremer Ausbeutung und einen Mechanismus, um die Arbeiter unter Kontrolle zu halten.

Bis in die 1990er Jahre kamen die Arbeitsmigranten in den Golfstaaten zu einem Großteil aus arabischen Staaten wie Jemen, Ägypten oder Palästina. Doch im Zuge des Golfkriegs wurden diese ausgewiesen (vor allem in Kuwait, weil die PLO als Unterstützerin der irakischen Invasion angesehen wurde) und durch Arbeiter aus anderen Ländern ersetzt, vor allem aus asiatischen Ländern wie Indien, Pakistan, Bangladesh, Thailand oder den Philippinen. Diese haben keine sprachlichen oder kulturellen Gemeinsamkeiten mit der ansässigen Bevölkerung, was eine Kontaktaufnahme erschwert.

Die Trennung wird dadurch noch verstärkt, dass die Unterkünfte der Arbeitsmigranten meist weit außerhalb der Wohngebiete der einheimischen Bevölkerung liegen, wo sie in völlig überbelegten Zimmern oder Containern untergebracht sind. Ein solch trostloser Ort ist *Sonapur*, die sogenannte „goldene Stadt“, eine Siedlung von südasiatischen Arbeitsmigranten in Dubai. Natürlich fehlt, als Ergänzung zur räumlichen Trennung, auch nicht die wirksame Strategie des Rassismus, um Solidarität zu verhindern: Die Migranten werden als Bedrohung für die Sicherheit bezeichnet und ihnen vorgeworfen, die nationale Kultur und Identität zu zerstören.

Ein weiterer Faktor für die ausweglose Situation der Arbeiter ist das *Kafeel System*: Agenturen werben die Arbeiter in ihren Heimatländern an, wofür diese eine Gebühr bezahlen müssen, die sie mit der Zeit von ihrem Lohn abbezahlen müssen. Als Druckmittel halten die Arbeitgeber den Pass zurück. All das sind Mechanismen, die verhindern, dass Arbeiter sich organisieren und für ihre Rechte einsetzen können. Sobald sich jemand beschwert oder höhere Löhne fordert, wird er abgeschoben.

Hausmädchen in den Golfstaaten

„Das Leben für ein Hausmädchen ist wie in einem Gefängnis. Ich habe keinen Kontakt zu niemandem, ich weiß nicht, wie das Land ist. Ich habe mir Bahrain nie angeschaut. Drei Jahre und sechs Monate war ich in einem Haus. Sie lassen dich nicht weg, wenn du etwas kaufen willst, ist das nicht einfach. Du musst zuerst fragen und sie kaufen es. Oder sie haben einen

Fahrer, er muss das bringen. Sonst geht es nicht, dass du raus gehst. Hausmädchen sind keine Menschen für diese Leute. Es ist schwer, weil nichts erlaubt ist, aber sie machen, was sie wollen. Freiheit gibt es, aber nicht für Hausmädchen, ein Hausmädchen muss zu Hause bleiben wie in einem Gefängnis. Ein Gefängnis ist besser, denn man weiß, dass es ein Gefängnis ist.“

Das sind die Worte einer jungen Frau aus Äthiopien, die elf Jahre lang als Hausmädchen in Bahrain und Dubai gearbeitet hat. So gering die Möglichkeiten, sich zu wehren, für Arbeitsmigranten in den Golfstaaten generell auch sein mögen, die Hausangestellten haben nicht einmal diese. Bei ihnen handelt es sich im Gegensatz zu den Arbeitern in anderen Bereichen um Frauen. Durch ihre Isolierung haben sie keine Möglichkeit, mit anderen zusammenzutreffen. Sie sind somit völlig abhängig von ihren Arbeitgebern und ihrer Willkür und oft auch sexuellen Übergriffen ausgeliefert.

Verlagerung der Wirtschaftskrise

In den Jahren 2008 und 2009 fiel der Immobilienmarkt in Dubai in eine Krise. Bauprojekte wurden eingestellt und Baustellen geschlossen, die Arbeiter in ein Flugzeug gesteckt und zurück in ihre Länder geschickt. Die spezielle Struktur ermöglichte es den Golfstaaten, die Krise auszulagern, so dass sie dort nicht zu spüren war, stattdessen aber in einem Dorf in Indien oder Pakistan. Dubai hatte kein Problem mit Arbeitslosigkeit, die abgeschobenen Arbeiter keine Möglichkeit zu protestieren.

Ist diese Art und Weise, mit ArbeitsmigrantInnen umzugehen, ein spezifisches Problem der Golfstaaten oder vielleicht sogar kulturell bedingt? Wer jedoch die Phase der Anwerbung von Gastarbeitern in den 1960er Jahren betrachtet, erkennt, dass hier ähnliche Überlegungen im Spiel waren, nämlich günstige Arbeitskräfte, die wenige Ansprüche stellen, nach Europa zu holen und sie nach getaner Arbeit wieder in ihre Heimatländer zurückzuschicken – wenngleich die Arbeiterrechte hierzulande durch Institutionen wie Gewerkschaften und Arbeiterkammer besser geschützt sind. Doch gerade die Gewerkschaften haben mit ihrer Devise „Österreicher zuerst“ zur Spaltung der Lohnabhängigen beigetragen. Obwohl das Konzept damals nicht funktioniert hat und die Menschen hier geblieben sind, ist es mit der sogenannten „Rot-Weiß-Rot-Card“ zu einer Neuauflage gekommen. „Wir holen die, die wir brauchen“, ist ein häufig gehörter Spruch, wobei der Anschein erweckt wird, dass es im Nutzen von uns allen sei, statt Menschen hier auszubilden, billige gut ausgebildete Arbeitskräfte in unser Land zu holen. Dass diese Strategie auch dazu dient, die Löhne auf niedrigem Niveau zu halten, wird ausgeblendet. Und wenn zunehmend mehr Integrationswilligkeit von den MigrantInnen gefordert wird, geht es vermutlich weniger um die Sorge, ob sich diese Menschen in unserer Gesellschaft gut zurecht finden, als um veränderte Anforderungen des Arbeitsmarktes, der von

Arbeitskräften heute mehr Qualifikationen und Flexibilität fordert.

veröffentlicht in Talktogether Nr. 42/2012